

DKP Essen stellt Strafanzeige Stadionneubau: Nichts als Nebelkerzen

„Nichts als Nebelkerzen gibt es aus dem Rathaus und von den Parteien im Rat, wenn es um die überhöhten Ausgaben beim Stadionneubau und die angebliche Verwendung von Mitteln der Kruppstiftung für das Stadion geht“, so Siw Mammitzsch, Oberbürgermeisterkandidatin der DKP. „Wie kann es sein, dass die Firma Roland Berger Millionenbeträge bei der Stadt abrechnet, ohne dass angeblich ein Auftrag vorliegt? Wie kann es sein, dass der Stadionneubau um zig Millionen Euro teurer als geplant wurde und das angeblich niemand wusste? Wie kann es sein, dass sich der Unterhalt des Stadions um hunderttausende Euro verteuert und für alle Beteiligten ist das plötzlich eine Über-

raschung?“, so Siw Mammitzsch weiter. Das kann nicht sein! Da wird ein Geschäftsführer Hillebrand als Bauernopfer gefeuert (und gleich danach wieder mit einem Posten im Rathaus versorgt) und alle anderen gehen auf Tauchstation. Fragen: Was ist mit dem ehemaligen Stadtdirektor Hülsmann (CDU) der stolz sagt, das Stadion sei sein Baby? Was ist mit Ex-OB Reiniger, in dessen Amtszeit die angeblichen Verträge mit Roland Berger gefallen sein sollen Was ist mit OB Pass, der Hillebrand eine Generalvollmacht ausgestellt haben soll? Und was ist mit dem Aufsichtsrat, der angeblich von gar nichts gewusst haben soll? Die DKP will das nicht hinnehmen. Sie ver-

mutet, dass es hier einige strafrechtsrelevanten Tatbestände gibt und hat deshalb Strafanzeige erstattet. Wie wahrscheinlich richtig diese Vermutung ist, stellte der Rat in seiner Juni Sitzung erneut unter Beweis, als er im Nachhinein mit seiner neuen Finanzierungsrichtlinie für die städtischen Gesellschaften versuchte, das Vorgehen Hillebrands und seiner Hintermänner(-frauen) auch für die Zukunft zu legitimieren. Die Regierungspräsidentin hat dieses Spiel durchschaut und den Rat kräftig gerüffelt. Bleibt zu hoffen, dass auch die Essener Staatsanwaltschaft die gleichen strengen Maßstäbe anlegt. Den Strafantrag findet man unter www.dkp-essen.de

Erdgeschoss der Bärendelle wird soziokulturelles Zentrum Glückwunsch an die Bürgerinitiative!



Frohnhausen – Zwei Jahre nach der Besetzung der ehemaligen Hauptschule Bärendelle scheint ein gutes Ergebnis in Sicht: die Bürgerinitiative Bärendelle (BIB) kann – gemeinsam mit dem ASB (Arbeiter-Samariter-Bund) ab ca. Mitte 2017 ein soziokulturelles Zentrum im Erdgeschoss der Bärendelle betreiben.

Zwar wurde das Gebäude privatisiert, aber ohne den Einsatz der Besetzer und der BIB wäre es wahrscheinlich gar nicht mehr da. Mit vielen Aktionen und Festen hat die BIB in den zwei Jahren auf ihre Forderung nach einem Zentrum aufmerksam gemacht. Nun bleibt abzuwarten, ob alle Ver-

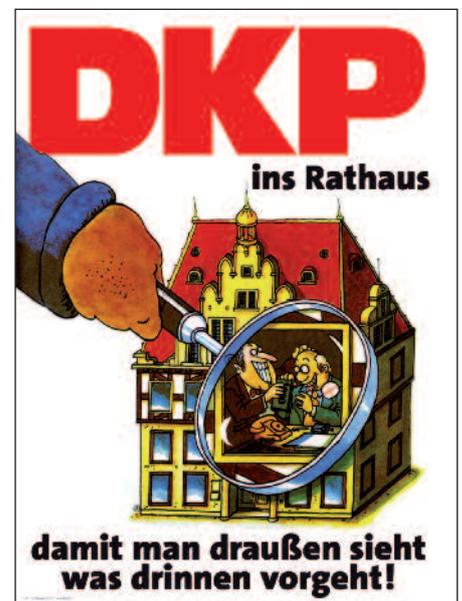
einbarungen auch so umgesetzt werden. Im dicht besiedelten Stadtteil ist ein solches Zentrum sehr wichtig. Die BIB hat bereits 2013 vorgestellt, was alles dort stattfinden soll. Hausaufgabenhilfe, ein Nachbarschaftscafe, ein Treffpunkt für Jung und Alt. Toll! Die DKP sagt: davon gibt es viel zu wenig! Jeder Stadtteil in Essen sollte eine solche Einrichtung haben! Und: nicht Hausbesetzer, sondern diejenigen, die solche Gebäude leer stehen und verkommen lassen, gehören strafrechtlich verfolgt!

DKP fordert: Keine Erhöhung der Platzgebühren

Das sogenannte Gutachten zur Kostensituation im Essener Sport hat hohe Wellen geschlagen, vor allem bei den Besuchern des Essener Grugabades. Denn hier wurde die Schließung dieses Vorzeigebades empfohlen. Doch dies ist nicht die einzige Kröte, die Essener Sportler schlucken sollen. Mindestens eine genauso dicke Kröte ist die angedachte drastische Erhöhung der Platz- und Hallennutzungsgebühren für die Vereine. Steigerungen von 4.000 auf über 12.000 Euro jährlich sind keine Seltenheit.

Auf die Zahl der Mitglieder umgerechnet, nimmt sich der Betrag oft gering aus, doch für viele Vereine ist er kaum zu schultern. Lassen sie doch insbesondere viele Kinder und Jugendliche beitragsfrei mitspielen und erfüllen damit eine wichtige soziale Aufgabe für die Stadt. Für viele Vereine bedeutet dies den Todesstoß.

Die DKP fordert: Diese Erhöhungen müssen vom Tisch. Wir brauchen eine Erhöhung des Sportetats und keine weiteren Kürzungen.



DKP-Oberbürgermeister-Kandidatin im Gespräch: Auch den Essener Norden vertreten



Rotlicht: Hallo Siw. Du kandidierst gegen Kufen und Pass als Oberbürgermeisterin. Ist das nicht ein bisschen Größenwahnsinnig?

Siw: „Ein bisschen“? Total. Aber ich bin ja nicht alleine. Im Gegensatz zum jetzigen Oberbürgermeister steht meine Partei hinter mir.

Rotlicht: Schon klar, aber noch mal zum Größenwahnsinn: Pass und Kufen sind doch eine andere Hausnummer als eine berufstätige

Frau mit zwei Kindern in einer Mietwohnung in Altenessen. Oder nicht?

Siw: Was das Einkommen angeht, sicherlich. Aber welche Qualifikation braucht eine Oberbürgermeisterin? Entscheidend ist doch, welche Interessen jemand vertritt. Und ich vertrete nun mal nicht die Interessen der Banken und Konzerne, sondern die der „kleinen Leute“, halt Menschen wie Du und ich. Das mache ich beruflich und in meiner Freizeit.

Rotlicht: Was machst Du denn beruflich?

Siw: Ich bin Geschäftsführerin der Mietergemeinschaft Essen, vertrete also die Interessen von Mieterinnen und Mietern. Und das in der Regel gegen die großen Wohnungskonzerne, die nur viel Geld verdienen wollen, also Mieten erhöhen und kaum was tun, damit die Wohnungen gut bewohnbar sind. Ich sehe immer wieder Wohnungen, bei denen ich denke „Warum soll man dafür Miete zahlen?“

Rotlicht: Das heißt, Du kennst Dich aus mit den Gesetzen, mit dem Mietspiegel, mit der Ausstattung von Wohnungen und so was?

Siw: Ja, genau. Das ist aber nur die eine Seite. Wichtig ist auch, welche Rechte die Mieterinnen und Mieter haben und wer sich für sie einsetzt. Wohnen ist ein Menschenrecht! Das heißt, jede und jeder hat einen Anspruch darauf, menschenwürdig zu wohnen. Auch die, die wenig oder kaum Geld haben. Eine Wohnung darf also keine Ware sein, die nur zu einem möglichst hohen Preis verkauft wird.

Rotlicht: Und was heißt das konkret? Sollen wir alle umsonst wohnen dürfen?

Siw: Das wäre natürlich das Beste. Aber bis dahin fände ich es angesagt, wenn die Miete in einem vernünftigen Verhältnis zum Einkommen steht. Menschen mit geringen Einkommen zahlen oft mehr als die Hälfte davon für Miete. Lebensmittel und Kleidung müssen ja auch noch gekauft werden. Entweder muss das Einkommen hoch oder die Miete runter, am besten beides.

Rotlicht: Hört sich gut an. Und was macht die Oberbürgermeister-Kandidatin in ihrer Freizeit?

Siw: Mit meiner Familie zusammen sein, ins Stadion gehen, Motorrad fahren. Und ich bin zum Beispiel aktiv gegen die Fahrpreiserhöhungen bei Bus und Bahn. Bezahlbarer öffentlicher Nahverkehr gehört für mich zu den wichtigen sozialen Leistungen einer Stadt, so wie Schwimmbäder, Sportstätten, Bibliotheken und vieles mehr.

Rotlicht: Und deshalb kandidierst Du als Oberbürgermeisterin?

Siw: Ja, ich meine, das sind schon wichtige Gründe. Ich möchte aber auch zeigen, dass sich jede und jeder gegen die Schweinereien wehren kann, die in dieser Stadt passieren. Mit den Krediten in Schweizer Franken viel Geld versenken und gleichzeitig kürzen und streichen beim Sport oder Jugendzentren. Das will ich nicht einfach hinnehmen.

Rotlicht: Siw, vielen Dank für das Gespräch. Und viel Erfolg bei all Deinen Aktivitäten und der Wahl!

EVAG: Fahrpreiserhöhungen ohne Ende

Und wieder ist es angekündigt: die Fahrpreise im Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) steigen zum 01. Januar 2016 nochmal, diesmal um durchschnittlich 2,9 Prozent. Jedes Jahr der gleiche Mist, manchmal sogar 2-mal im Jahr.

Für immer mehr Menschen erreichen diese Preise eine Schmerzgrenze. Besonders perfide ist, dass auch das Sozialticket und die

Schülertickets erneut angehoben werden. Alle, die auf Bus und Bahn angewiesen sind, sollen besonders tief in die Tasche greifen.

In den Jahren 2014 und 2015 fiel der Anstieg mit 3,3 bzw. 3,8 Prozent noch höher aus. Die Ticket-Preise steigen seit Jahren viel schneller als die allgemeinen Lebenshaltungskosten. Vor allem im Vergleich zum Autofahren: Fahrkarten im öffentlichen Personen-

verkehr sind knapp 50 Prozent teurer als vor 10 Jahren. Die Kosten für ein Auto dagegen stiegen nur um rund 17 Prozent (Landesamt für Statistik).

Und wofür? Das Personal wird sicher nicht so viel besser bezahlt, der Service ist auch nicht umfangreicher geworden und die Fahrpläne werden eher ausgedünnt statt

Fortsetzung Seite 2

Fortsetzung: Fahrpreiserhöhungen ohne Ende

erweitert. Wo genau das Geld eigentlich bleibt, ist schleierhaft. Deshalb gibt es mittlerweile einige Städte in Europa, die einen ausnahmslos kostenlosen ÖPNV anbieten. Genau das ist auch unser Ziel.

Muss ein öffentliches Nahverkehrsunternehmen

wirtschaftlich erfolgreich sein? Wir sagen: Nein! Mit Steuergeldern finanziert soll es eine soziale Pflichtaufgabe jeder Kommune sein!

Niemand weiß, warum die EVAG im Jahr 2013 einen Verlust von 67 Mio. Euro einfuhr. Aber weil die Stadt Essen sparen will, soll auch die EVAG sparen. Nur: wie will man den Anteil des ÖPNV am Gesamtverkehr ausweiten? Das hat die Stadt



Essen zumindest vollmundig bei ihrer Bewerbung zur Grünen Hauptstadt versprochen.

Die DKP ist sich sicher, dass genug Geld da ist, um den Nahverkehr auszuweiten und ihn auch kostenlos anzubieten. Dieser Idee werden wir weiterhin mit tollen Aktionen Nachdruck verleihen. Wir bleiben dran:

E-Fuck-Preise runter!

**Gewerkschaften:
Was sagt die DKP zum ...
...Tarifeinheitsgesetz?**

Die DKP spricht sich nicht gegen die Einheit der Beschäftigten in einem Betrieb aus. Diese Einheit ist mit dem Tarifeinheitsgesetz jedoch nicht beabsichtigt. Vielmehr sind es die Unternehmer, die das tarifliche Gefüge zerstören, indem sie Beschäftigte ungleich behandeln (Voll- und Teilzeit, Leiharbeit, Ausgliederung von Betrieben etc.).

Wir sind gegen jegliche Eingriffe in das schwer erkämpfte Streikrecht und somit auch gegen das Tarifeinheitsgesetz. Mit diesem Gesetz wird beabsichtigt, Beschäftigten die Möglichkeit zu nehmen, zukünftig für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen zu streiten.

Griechenland – weiter unter der Knute der EU!

Die griechischen Kommunisten warnten vor der Illusion, es könne eine für das griechische Volk erträgliche Lösung im Kompromiss mit den mächtigen Gläubigern geben. Wenn Schäuble, Merkel und Draghi die Sprecher eines Bankenkonsortiums wären, das für ein von der Pleite bedrohtes Unternehmen eine Umschuldung auszuhandeln hätte, dann wäre so ein Kompromiss gefunden worden.

Denn es liegt normalerweise im Interesse der Gläubiger, den Schuldner nicht ganz zu erdrosseln, sondern ihn leben zu lassen, so dass die Chance besteht, dass er wenigstens einen Teil der Schulden zurückzahlt. Im Fall Griechenland gab es erheblichen Spielraum für einen Kompromiss. Das Land hatte bereits so drastisch die Staatsausgaben, Löhne und Sozialleistungen reduziert, dass ein leichtes Nachlassen des „Sparzwangs“ die Konjunktur und die Steuern sofort verbessert hätte.

Und so hat die griechische Regierung wohl auch gedacht und gehofft. Aber nein: eine Niederlage für den politischen Feind, das Linksbündnis Syriza, musste her und ein Sieg für die EU! Und so kam es tatsächlich: ökonomischer Widersinn, politische Niederlage und Demütigung eines Volkes. Der Grund dafür: die griechische Regierung konnte oder wollte nicht die Staatspleite und den Austritt aus dem Euro wagen.

Und so soll der 85 Milliarden-Kredit – das dritte Knebelungsprogramm – als die bessere Lösung erscheinen.

Tatsächlich wäre der Ausstieg aus dem Euro möglicherweise eine Lösung. Die Gläubiger müssten dann einen Schuldschnitt akzeptieren und die neue griechische Währung und die Banken stützen. Vor allem eine Garantie für die neue Währung wäre dringend erforderlich, damit die Einfuhr von Waren noch möglich bleibt.

Nur, wer glaubt noch daran, dass Schäuble, Merkel und Draghi fair sind? Ihr Interesse, die Abweichler vom brutalen Sparkurs im Staub liegen zu sehen, bleibt, auch wenn sie nicht mehr in der Euro-Zone wären.

Leiden wird das griechische Volk! Und nicht zum Beispiel die großen griechischen Reeder, die so gut wie keine Steuern zahlen. Die sind in der Frage so gut oder besser gesagt so schlecht wie die deutschen Großkonzerne.

UZ *Jetzt kennenlernen!*

www.unsere-zeit.de Ich möchte die UZ 4 Wochen probelesen. Der Bezug ist kostenlos & endet automatisch.

Name	Vorname
<input type="text"/>	<input type="text"/>
Straße, Hausnr.	PLZ, Ort
<input type="text"/>	<input type="text"/>
Ort, Datum	Unterschrift
<input type="text"/>	<input type="text"/>

An: CommPress Verlag GmbH . Hoffnungstraße 18 . 45127 Essen
E-Mail: info@unsere-zeit.de . Tel.: 0201 - 17 78 89 - 23 Fax: - 26

Kein Platz für Faschisten in Essen!

Überall in Deutschland verüben Rechte Anschläge auf Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte. Es wird Feuer gelegt, Scheiben werden eingeschlagen, Wände beschmiert und sogar Schüsse sind gefallen. Menschen, die unter Lebensgefahr versuchen, den Kriegen und der unbeschreiblichen Not in ihren Heimatländern zu entkommen, werden bedroht, fremdenfeindlicher Hass schlägt ihnen entgegen. Überall wächst die rechte Gewalt. Besonders deutlich ist der Zuwachs – laut Bundesinnenministerium – in Nordrhein-Westfalen mit 2,11 rechten Überfällen pro 100.000 Einwohner.

In Essen fallen zunehmend Hakenkreuzschmierereien auf, sowie an Wahlplakate und Wände geschmierte Hetzparolen. Eigentlich kein Wunder: Die Geschäftsstelle der NRW-NPD hat ihren Sitz in Kray, der Oseberg-Laden in der City verkauft weiterhin seine rechte Modemarke Thor Steinar und im Rat der Stadt Essen sind die rechten Parteien AfD, NPD und Pro NRW mit insgesamt sechs Personen vertreten. Und auch die von Bundesregierung und den Medien geführte Flüchtlings- und Zuwanderungsdebatte



sorgt für ein Klima von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.

Es geht aber auch anders: Im Januar gingen über 4.000 Essener Bürgerinnen und Bürger auf die Straße, um gegen „Hogesa“ zu protestieren, eine eindrucksvolle und Mut machende Demonstration für die Solidarität mit Flüchtlingen und Asyl-

suchenden. Viele Menschen in Essen heißen die Flüchtlinge willkommen und begegnen den rassistischen Positionen mit entschlossener Gegenwehr.

Essen – eine weltoffene und solidarische Stadt hat keinen Platz für Nazis.

Refugees welcome! Wir heißen Flüchtlinge willkommen!

Antrag von Bürgerliste Nord und DKP: A42 Ausbau verhindern

Im März 2015 hatte es die DKP enthüllt: Die Verkehrsplaner in Bund und Land planen nicht nur weiter die Durchstreckung der A52 durch das Essener Stadtgebiet, nein, sie planen parallel dazu jetzt auch noch den Ausbau der A42. Und Straßen NRW musste zähneknirsch eingestehen, dass diese Planung schon real ist. Von Oberhausen bis zur Abfahrt Bottrop soll sie von sechs auf acht Spuren erweitert werden, ab da soll es dann sechsspurig weiter gehen. Das Autobahnkreuz Essen Nord wird damit zu einem der größten Autobahnkreuze der Region.

Für Teile des Essener Nordens ist diese Planung ähnlich fatal wie die Durchstreckung der A52. Mit dem Ausbau wird die Trasse der A42 um etwa 40 Prozent breiter werden. Grünflächen und Hausgärten werden dem zum Opfer fallen. In einigen Straßen steht die Lärmschutzwand dann direkt vor dem Küchenfenster. Der Verkehr wird sich nahezu verdoppeln. Auch auf den Zufahrtsstraßen – Bottroper, Gladbecker und der Altenessener Straße wird der Verkehr massiv zunehmen.

Statt weniger Verkehr und mehr Lärmschutz bekommen die Menschen im Essener Norden genau das Gegenteil serviert.

Zusammen mit der Bürgerliste Nord hat die DKP jetzt einen Bürgerantrag auf den Weg gebracht, der den Ausbau der A42 rigoros ablehnt. Im Herbst soll er in die Bezirksvertretung V eingebracht werden. Den Bürgerantrag findet man unter www.dkp-essen.de, dort kann man ihn herunterladen und unterschrieben an die DKP oder die Bürgerliste Nord schicken.

